

Afrika – der unterschätzte Partner

China hat die Opportunitäten in Afrika schon vor längerem erkannt und investiert daher massiv auf dem Kontinent. Der Nachbar Europa hingegen sieht vor allem die Gefahren statt die Chancen. **MICHAEL VON LICHTENSTEIN**

Das Risikomanagement hat in Unternehmen einen immer grösseren Stellenwert. Es ermöglicht, allfällige Betriebs-, Markt- oder Compliance-Risiken frühzeitig zu evaluieren und sich entsprechend auszurichten. Heute haben nahezu alle Unternehmen einen oder mehrere Chief Risk Officers und fahren eine Risikostrategie. Die Krux ist, dass ob all der Risikoevaluation die Gefahr besteht, dass der Blick für mögliche Opportunitäten und ein Chancenmanagement zu kurz kommen. Das ist problematisch für eine langfristig erfolgreiche Unternehmensentwicklung.

Im politischen Umfeld werden langfristige Opportunitäten und Risiken im Wesentlichen ignoriert, das Management des Tagesgeschäfts hat oberste Priorität. Der Fokus ist stark selbstbezogen. Die Frage dominiert, welche «Marktanteile» anderer Parteien wie gewonnen werden können.

Politik und Staat werden zu einem Selbstzweck und versuchen, ihn mit sogenannten Werten zu legitimieren. Ein Beispiel ist das EU-Lieferketten-gesetz, für dessen Verschärfung sich Anfang Juni die Mehrheit der EU-Parlamentarier ausgesprochen hat. Damit sollen Unternehmen in Zukunft verpflichtet werden, die sozialen und die ökologischen Wechselwirkungen entlang ihrer Lieferketten zu evaluieren und entsprechende Prozesse fairer, nachhaltiger und verantwortungsvoller auszugestalten.

Fehlleitender Moralismus

Das dahinterstehende Anliegen, in der EU nurmehr noch Unternehmen zu beheimaten, die Menschenrechte schützen und die Umwelt nicht schädigen, ist ein notwendiges Ziel. Es findet aber eine Überbürokratisierung statt mit einem unrealistischen Anspruch. In der Konsequenz kann wegen dieses Gesetzes mit gewissen Weltregionen weder Handel betrieben noch investiert werden. Der daraus resultierende Schaden für Entwicklungsländer übersteigt den Nutzen der Regulierung.

Natürlich soll kein Unternehmen Teil von Korruption, ausbeuterischer Kinderarbeit etc. sein. Aber der Gesetzgeber muss sich auch bewusst sein, dass sich nicht alles und jeder kontrollieren lässt. Die etwas pharisaisch anmutenden Moralvorstellungen hinter dem Lieferkettengesetz werden verhindern, dass europäische Unternehmen notwendige Aktivitäten setzen.

Es brauchte die Geschehnisse rund um Russland und die Ukraine sowie die Verringerung der Abhängigkeit von China, damit Europas Politik ein gestärktes wirtschaftliches Interesse an möglichen anderen Partner-

staaten zu zeigen glaubt. Es richtet den Blick gen Lateinamerika, Südasiens und Afrika, ohne sich jedoch darum zu bemühen, diese Regionen zu verstehen. Interessanterweise wird Afrika bislang überwiegend dann von europäischer Politik, den Medien und der Öffentlichkeit wahrgenommen, wenn es um Migrationsströme, Hungersnöte, Bürgerkriege oder autoritäre Staatsführung und Korruption geht. Oder wenn Lösungen in Form von Geldleistungen an die Entwicklungshilfe gesucht werden, um mit einem guten Gewissen diesem Kontinent gegenüberzustehen. Ein grosser Teil der Gelder versandt jedoch, weil das Verständnis für wirkliche Notwendigkeiten fehlt. Nötig wäre die Entwicklung der Wirtschaft und einer zukunfts führenden Infrastruktur. Es ist aber nicht die Rolle der westlichen Welt, Afrika oder anderen Regionen die eigenen Governance-Systeme aufzudrücken.



«Die demografische Struktur Afrikas bietet ein enormes Potenzial.»

Afrika ist reich an fruchtbarer Landwirtschaft, beherbergt eine Vielfalt an Bodenschätzen und hat eine überwiegend junge, aufstrebende Bevölkerung. Die demografische Struktur Afrikas bietet ein enormes Potenzial. Schätzungen zufolge soll allein die Bevölkerung südlich der Sahara bis zum Jahr 2050 auf rund 2,5 Mrd. Menschen steigen. Das Bevölkerungswachstum in Afrika sollte weniger als Problem – wie dies etwa bei der Eröffnung des Afrika-Gipfels im November 2019 bezeichnet wurde – gesehen, sondern vielmehr als Chance für Afrika und seine Partnerstaaten wahrgenommen werden.

Auch zeigt sich Afrika fortschrittlich im technologischen Bereich. Smart Africa beispielsweise ist eine Allianz aus 36 afrikanischen Staaten mit dem Ziel, den Zugang in den afrikanischen Regionen zu Informations- und Kommunikationstechnologien zu fördern und einen grenzenlosen digitalen Binnenmarkt zu etablieren. Dadurch sollen gewinnbringende Partnerschaften aufgebaut, neue Wertschöpfungsketten generiert, regionales Unternehmertum gefördert und eine technologische Wissensökonomie entwickelt werden.

Die Idee, einen afrikanischen Binnenmarkt zu schaffen und Handelsbeschränkungen aufzulösen, ist sehr positiv zu sehen. Es würde nicht nur den Handel erleichtern, sondern auch eine wesentliche Grundlage der Korruption entfernen. Jetzt wäre für Europa die Zeit richtig, um Handelsbeschränkungen aufzuheben und den starken Protektionismus besonders im nichttarifären Bereich zu lockern. Jedoch müsste sich das politische Verständnis in Europa für diesen Kontinent verändern. Es wäre wichtig, zu erkennen, dass Afrika eine

auffallend grosse Vielfalt hat und Afrika nicht einfach «Afrika» ist. Die regionalen Unterschiede sind teilweise wesentlich grösser als in Europa.

Die Meinung, dass nur das Demokratieverständnis einem Autokratieverständnis gegenübersteht, ist nicht tragfähig. Es gibt auch andere Formen von Governance, und es ist wichtig, dass eine staatliche Governance den Gegebenheiten einer Region und ihrer Bevölkerung dient. Afrika ist aus verschiedenen Gründen komplex und stark diversifiziert. Die bestehenden Staaten sind künstlich, da die Grenzen ein in Europa gezogen wurden. Die meisten afrikanischen Staaten sind multiethnisch, die Grenzen aber gehen quer durch ethnische Gebiete. In Umkehr aller geografischen und ethnischen Logik wird häufig der afrikanische Tribalismus als Bedrohung für eine Staatenbildung und Demokratie angesehen. Dabei bieten die ethnischen Zusammenhänge die stabilsten Systeme Afrikas. Ohne Einbezug solcher Gegebenheiten wird es nicht möglich sein, effiziente Systeme zu gestalten.

Werteverständnis nicht aufzwingen

China hat das Potenzial Afrikas schon vor längerem entdeckt, investiert kräftig in Infrastruktur- und Rohstoffprojekte und gewährt grosszügige Milliardenkredite, um Afrikas Wirtschaft zu fördern. Es ist bislang unbestritten der grösste und wichtigste Handelspartner Afrikas und profitiert auf vielfältige Weise von seinem Engagement. Der Westen reagiert mit Fingerzeig und verweist auf die mangelhafte Governance Afrikas, versäumt es aber gleichzeitig, selbst aktiv zu werden. Statt Chancen zu erkennen, die der afrikanische Kontinent aufgrund seiner Vielfalt und seines Bevölkerungsreichtums mit etlichen gut ausgebildeten Menschen bietet, verharrt der Westen bzw. Europa im Risikomodus. Der Bevölkerungsreichtum und die kulturelle Identität werden stärker als Gefahren denn als Opportunitäten gesehen.

Der Moralismus in Europa verhindert, dass europäische Unternehmen notwendige Tätigkeiten und Investitionen in Afrika setzen. Dies wäre aber die beste Chance für Afrika – und auch Europa. Auch sollte die europäische Politik weniger darauf drängen, das eigene Werteverständnis in Afrika durchzusetzen, und eher versuchen, einen Investitionsschutz zu erreichen. Mitunter mag dies unethisch klingen, aber nur über eine gute Wirtschaftsstruktur und die Respektierung der afrikanischen Lebensweise kann sich die Situation in Afrika verbessern und der für Europa so wichtige Kontinent sich zu einem Partner entwickeln. Dies wird bislang stark unterschätzt.

Prinz Michael von und zu Liechtenstein ist Executive Chairman von Industrie- und Finanzkontor Etablissement, Gründer und Vorsitzender von Geopolitical Intelligence Services und Präsident des Think Tank European Center of Austrian Economics Foundation.

Schweiz vor USA

Immer wieder höre ich von Lesern, dass sie bereuen, nicht mehr auf den US-Aktienmarkt und zu viel auf Schweizer Titel gesetzt zu haben. Sie hätten dadurch riesige Gewinne verpasst. Die Schweiz sei langweilig. Die Musik spiele in den USA.

Doch spiegelt sich das wirklich in den Kursen? Anlegen ist für mich ein Marathon und kein Sprint. Wenn ich wissen will, ob eine Strategie erfolgreich war, blicke ich nicht zwei Monate zurück, sondern zwanzig Jahre. Genau das will ich hier versuchen. Wie ist die Performance von S&P 500, Dow Jones Industrial und Swiss Performance Index (SPI) seit dem Jahr 2000? Die Antwort ist gar nicht so einfach. Erster Fallstrick: Sowohl der Dow als auch der S&P 500 sind Kursindizes, die nur die Performance ohne Dividenden geschweige denn reinvestierte Dividenden messen. Der SPI berücksichtigt beides.

Wer nur auf den Indexverlauf schaut, stellt fest, dass alle drei Indizes 185 bis 200% Rendite fast gleichauf sind. Nimmt man bei Dow und S&P die Dividenden und die Reinvestition dazu, kommt allerdings eine Rendite von 411 bzw. 368% heraus. Sind US-Aktien also tatsächlich viel besser als Schweizer Titel?

Nein. Zumindest aus Schweizer Sicht nicht. Denn wie bei allen Investitionen darf man die Währung nicht ausser Acht lassen. Eine Faustregel: Der Franken gewann und gewinnt gegenüber so gut wie allen Währungen an Wert. 2000 war 1 \$ für 1.80 Fr. zu haben, jetzt sind es 90 Rp. Währungsbereinigt hat der SPI mit 186% vor dem Dow (184%) und dem S&P (160%) seit der Jahrtausendwende am besten abgeschnitten. Frohe Kunde für den Frankenanleger.



JAN SCHWALBE
Redaktor
zum Thema
Aktienmärkte

Schluss mit dem Import russischer Ölprodukte

Es ist widersinnig, der Ukraine zu helfen und zugleich Russland im Ölgeschäft indirekt zu stützen. **SIMON JOHNSON UND OLEG USTENKO**

Seit Februar 2022 haben die USA viel getan, um der Ukraine bei der Abwehr der russischen Invasion zu helfen, einschliesslich grosszügiger finanzieller und militärischer Unterstützung. Zudem hat Washington sofort die Einfuhr von russischem Rohöl verboten. Doch der Import von raffinierten Produkten aus russischem Öl ist unter bestimmten Bedingungen weiterhin erlaubt. Um die Einnahmen, die es dem Krell ermöglichen, seine Aggression fortzusetzen, weiter zu reduzieren, sollten nun ausnahmslos alle dergleichen Importe verboten werden.

Die USA haben ihre G-7-Partner und die EU davon überzeugt, eine Preisobergrenze für Exporte von russischem Öl und raffinierten Produkten einzuführen. Derzeit können diese Exporte nur dann von westlichen Unternehmen transportiert, versichert und finanziert werden, wenn der gezahlte Preis auf oder unter einem bestimmten Niveau liegt (60 \$ pro Barrel für Rohöl). Diese Obergrenze hat sich als wirksam erwiesen, um die russischen Einnahmen zu verringern, den fiskalischen Druck auf den Krell zu erhöhen und Störungen auf dem Weltölmarkt zu verhindern.

Indische «Waschsalons»

Die jüngsten Bemühungen, die Preisobergrenze weiter zu senken, stossen jedoch auf Widerstand. Angesichts der politischen Uneinigkeit zwischen den USA und der EU über die Senkung der Preisobergrenze ist ein Importverbot für Benzin

und andere raffinierte Produkte russischen Ursprungs in die USA ein kostengünstiges und logisches Mittel, um den wirtschaftlichen Druck auf Putins Regime zu erhöhen sowie die Verbündeten der USA zu ermutigen, hier mitzuziehen.

Die US-Sanktionen sehen derzeit vor, dass russisches Rohöl, sobald es in ein Drittland transportiert und dort zu einem anderen Produkt (Diesel, Benzin, Kerosin) raffiniert wird, nicht mehr als russisches Produkt gilt und zu Weltmarktpreisen ohne Preisobergrenze verkauft werden kann. So sind in Ländern wie Indien und der Türkei profitable «Waschsalons» für russisches Öl entstanden: Die dortigen Raffinerien kaufen Rohöl zu Höchstpreisen und verkaufen die raffinierten Produkte zu Weltmarktpreisen – auch in die USA, nach Grossbritannien und in die EU, die allesamt russisches Öl verbieten, aber in Drittländern raffinierte Produkte aus diesem Öl zulassen. Die zusätzliche Gewinnspanne pro Barrel, die sich aus dieser Arbitrage ergibt dürfte 2023 durchschnittlich 15 bis 20 \$ pro Barrel betragen.

Der grösste Teil des internationalen Rohöls und der Erdölprodukte wird mit Spezialschiffen transportiert, deren Ladungsgrösse und -zusammensetzung in geschützten Datenbanken verfügbar sind. Die Analyse dieser Ladungen zeigt: Die USA importieren heute Raffinerieprodukte aus einem «Waschsalon-Land», nämlich Indien, wobei fast alles von einem Ort kommt – Jamnagar, dem grössten Raffineriekomplex der Welt.

Reliance Industries, Eigentümer von Jamnagar, macht zusätzlichem Gewinn, weil sie innerhalb der Preisobergrenze handeln kann. Es überrascht nicht, dass im vergangenen April 43% der Rohölimporte von Jamnagar aus Russland stammten. Von den gesamten Erdölimporten der USA stammen 3 bis 5% aus Indien. Da die USA ein grosser Erdölproduzent sind, sind alle Erdölimporte im Vergleich zum gesamten US-Markt gering. Jeder Raffinerie, die rus-

«Auf dem Capitol Hill wächst die Unterstützung für ein Verbot aller Erdölimporte aus Russland.»

sisches Rohöl verarbeitet, sollte der Verkauf in die USA verboten werden. Die Auswirkungen auf die Benzin- und sonstigen Preise in den USA wären minimal, zumal die Substitution durch andere internationale Anbieter problemlos möglich ist.

Jamnagar (und andere) könnten weiterhin russisches Rohöl raffinieren, müssten aber andere Märkte für ihr raffiniertes Produkt suchen. Dies wird den Handel mit Russland weiter stigmatisieren und den Preis für russisches Rohöl weiter unter Druck setzen – und das Ziel des ursprünglichen US-Embargos und der G-7-EU-Preisobergrenzenvereinbarung verstärken. Da Russland einen dringenden Be-

darf an Devisen hat und die Grenzkosten der Produktion kurzfristig unter 20 \$ pro Barrel liegen, wird eine Senkung des an Russland gezahlten Preises nicht zu einem Rückgang seiner Ölexporte führen.

Langfriststrategie nötig

Auf dem Capitol Hill wächst die Unterstützung für ein Verbot aller Erdölimporte aus Russland, auch weil dies die EU und Grossbritannien ermutigen würde, in die gleiche Richtung zu gehen; Brüssel und London sind stärker von Raffinerieprodukten aus den «Waschsalon-Ländern» abhängig.

Angesichts der Aggression Russlands gegen die Ukraine ist es unlogisch, diese vielfältig zu unterstützen und gleichzeitig zuzulassen, dass Russland hohen Gewinn aus seinem Ölexport erwirtschaftet. Der grösste Teil der Deviseneinnahmen Russlands stammt aus dem Verkauf von Öl, und das wird noch lange so bleiben. Unabhängig davon, wer irgendwann im Krell das Sagen haben wird, ist es unwahrscheinlich, dass Russland eine stabile, friedliche Demokratie wird, die Staatsgrenzen respektiert. Der Westen braucht eine Langfriststrategie der wirtschaftlichen Eindämmung, in deren Rahmen Russland zwar Öl exportieren kann, aber nur zu einem Preis, der mit jedem Akt der Aggression sinkt.

Simon Johnson ist Professor am MIT. Co-Autor Oleg Ustenko ist Wirtschaftsberater des ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenski. Copyright: Project Syndicate.

FINANZ und WIRTSCHAFT invest

Investieren Sie in den FuW Swiss 50 Index, der im Gegensatz zum SMI kein Klumpenrisiko und mehr Aktien hat. Das Anlageprodukt ist pfandbesichert. **Valorennummer: 117 179 182**

Das **FuW-Eco-Portfolio** enthält auserlesene Unternehmen, die eine CO₂-Reduktionsstrategie verfolgen und besonders aussichtsreich sind. Auch da gibt es neu ein Anlageprodukt mit Pfand. **Valorennummer: 117 179 725**

Das **FuW-Risk-Portfolio** gibt es jetzt ebenfalls als Anlageprodukt mit Pfand. Unser Portfolio setzt seit 25 Jahren erfolgreich auf Schweizer Aktien mit dem gewissen Kick. Hier geht es auch darum, von Spezialsituationen zu profitieren. **Valorennummer: 117 179 723**

Abgerundet wird unser Angebot vom **FuW-Value-Portfolio.** In der seit über zehn Jahren geführten Auswahl stehen reizvolle Value-Aktien mit Fokus Nordamerika und Europa. **Valorennummer: 117 179 724**